# Trumps Politik der Gewalt

Der US-Präsident wollte mit den „nie endenden Kriegen“ seiner Vorgänger nichts mehr zu tun haben – in Wahrheit setzt er mehr denn je auf den Einsatz von Waffen

**KLAUS LARRES**
ist Professor für Geschichte und internationale Beziehungen an der University of North Carolina/Chapel Hill.
In seiner Kolumne schreibt der gebürtige Schleidener über die USA als Wahlheimat und liebstes Forschungsgebiet

In seiner zweiten Amtszeit präsentiert sich US-Präsident Donald Trump immer wieder gerne als größter Friedensstifter der Geschichte. Er habe schon jetzt acht bis zehn Kriege beendet, und deshalb solle man ihm endlich den Friedensnobelpreis geben. Bereits im Wahlkampf von 2024 betonte er, dass er nichts mit der Politik der nie endenden Kriege seiner Vorgänger zu tun haben wolle. In Trumps Nationaler Sicherheitsdoktrin vom Dezember 2025 steht denn auch, die nationalen Interessen seien zu großzügig definiert worden, was zu einer völlig unnötigen Überlastung und Ausweitung der globalen Präsenz der USA geführt habe. Trump sprach sich für eine Politik der außenpolitischen Zurückhaltung aus.

Die Realität sieht ganz anders aus. Die ungeheure Machtfülle des Präsidentenamts samt der enormen militärischen Macht der USA steigt Trump immer mehr zu Kopf. Er weiß, dass er aufgrund der republikanischen Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik fast völlig freie Hand hat. Die Außen-, aber auch die Innenpolitik der US-Regierung beruht daher immer mehr auf der Willkür eines einzelnen unberechenbaren Mannes.

Zu Beginn seiner zweiten Amtszeit unterstrich Trump den Anti-Terror-Kampf der USA und ließ den Irak, Nigeria und Somalia bombardieren. Er reagierte auf Angriffe auf amerikanische Soldaten und Militärstützpunkte im Nahen Osten, indem er Syrien und viele Huthi-Stützpunkte in Jemen attackieren ließ. Das brutale israelische Vorgehen im Gaza-Krieg zur Vernichtung der Hamas-Terroristen tolerierte Trump weitgehend und unterstützte die Regierung Netanjahu dabei zumindest indirekt durch Waffenlieferungen und Finanzhilfen.

Anfang 2026 überfiel die Trump-Regierung dann Venezuela, um den so brutalen wie korrupten Präsidenten Nicolás Maduro in die USA zu entführen, wo ihm der Prozess gemacht werden soll. Die Bombardierung vermeintlicher Drogenboote in der Karibik nahm im September 2025 ihren Ausgang. Statt die des Drogen- und Menschenhandels verdächtigten Besatzungen zu verhaften und vor Gericht zu stellen, haben die USA bisher etwa 70 Schiffe versenkt und dabei mehr als 200 Menschen getötet.

> **Im politischen Washington wird sogar über den Einsatz von Bodentruppen im Iran-Krieg spekuliert**

Im Februar 2026 begannen die USA und Israel schließlich mit der koordinierten, illegalen Bombardierung des Iran, um die nuklearen Ambitionen des Landes, aber auch dessen Unterstützung von Terrorbanden wie der Hamas und der Hisbollah im Libanon zu stoppen. Anfänglich sprach Trump auch von einem Regimewechsel in Teheran, den er durchsetzen wollte.

Trotz einer im April erreichten, aber seitdem immer wieder verletzten Feuerpause eskaliert der Iran-Krieg. Im politischen Washington wird sogar des Öfteren über den Einsatz von Bodentruppen spekuliert, doch ist völlig unklar, wie diese den Iran besiegen sollten – ein Land, immerhin viermal so groß wie Deutschland. Durch die iranische Schließung der Straße von Hormus, durch die ein Fünftel des weltweiten Rohölhandels läuft, hat der von Trump ohne gründliches Nachdenken begonnene Irankrieg mittlerweile zur größten globalen Energiekrise seit der ersten Ölkrise im Oktober 1973 geführt.

Doch damit nicht genug. Derzeit scheint Trump zu planen, terroristische Stützpunkte in Mali bombardieren zu lassen, auch wenn das vor allem der autokratischen Militärjunta in Mali und ihrem russischen Verbündeten helfen würde. Die harsche US-Sanktionspolitik gegen das kommunistische Regime in Kuba geht auch weiter. Die Insel hat kaum noch Ölreserven und steht kurz vor dem Kollaps mit verheerenden Konsequenzen für die Bevölkerung.

Auch erwog Trump öffentlich, militärisch in Kolumbien einzugreifen. Auf dem jüngsten Nato-Gipfel in Ankara drohte Trump erneut damit, sich Grönland anzueignen, ein autonomes Territorium des EU-Mitglieds und Nato-Partners Dänemark. Und auch die Annektierung Kanadas als 51. Bundesstaat der USA erwähnte Trump seit Beginn seiner zweiten Amtszeit mehrmals.

Die Innenpolitik des „Friedensengels“ Trump ist nicht weniger von Gewalt geprägt. Die Immigrationspolizei ICE verhält sich außerordentlich brutal, wobei des Öfteren die Bodycams der zeitweilig in Sechs-Wochen-Schnellkursen ausgebildeten Polizisten ausgeschaltet bleiben (mittlerweile dauern die Kurse immerhin wieder zehn Wochen). Bei Razzien werden selbst US-Bürger und andere legal, mit Aufenthaltsgenehmigung im Land lebende Menschen verhaftet und in überfüllte Zellen geworfen. Mühsam müssen sie dann irgendwie ihre Berechtigung nachweisen, im Land zu sein.

Vor kurzem wurde Leticia „Letty“ Ugboaja, eine katholische Nonne aus Nigeria, auf dem Weg zur Sonntagsmesse von ICE-Beamten in Texas buchstäblich überfallen, in Handschellen gelegt und in eine Zelle auf der nächsten Polizeidienststelle geschleift. Es dauerte Stunden und bedurfte der Einschaltung eines Kongressabgeordneten, bis die traumatisierte, seit vielen Jahren legal in den USA lebende Ordensfrau wieder freigelassen wurde.

Bisher sind in ICE-Haftanstalten mindestens 50 Menschen ums Leben gekommen, zehn wurden bei ihrer Verhaftung von ICE-Beamten erschossen. Nach zwei Verkehrskontrollen mit tödlichem Ausgang in Texas und Maine beschlossen die ICE-Behörde selbst und das Innenministerium unlängst, solche Kontrollen durch ICE-Beamte vorläufig zu beenden. Doch das gefiel Trump ganz und gar nicht. Er bestand persönlich darauf, dass ICE auch weiterhin Verkehrskontrollen durchführt, um illegale Einwanderer zu finden.

In Washington D. C. hat Trump vor kurzem verfügt, dass die Nationalgarde, die seit etwa einem Jahr in der Hauptstadt patrouilliert, noch bis zum Ende seiner Amtszeit im Einsatz bleiben soll. Offiziell soll so die Kriminalität bekämpft werden, doch ist diese schon seit Mitte 2023 rückläufig. Derzeit sind etwa 5000 Nationalgardisten in der Stadt eingesetzt. Das kostet den US-Steuerzahler täglich knapp drei Millionen US-Dollar. Die in braun-grünen Tarnuniformen und meist mit Pistolen und halbautomatischen Gewehren bewaffneten Nationalgardisten stehen überall in der Stadt in kleinen Gruppen von vier bis acht Personen herum, schlendern durch U-Bahn-Stationen oder an den Sehenswürdigkeiten vorbei. Sie checken ihre Handys, plaudern und langweilen sich ganz offenkundig schrecklich. Aber sie demonstrieren die Allgegenwart der Staatsmacht.

> **In der Hauptstadt demonstrieren 5000 Nationalgardisten die Allgegenwart der Staatsmacht**

Und darum vor allem geht es der Trump-Regierung. Die „Washington Post“ spekuliert, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner der Hauptstadt unter der Trump-Regierung allmählich an Verhältnisse wie in Russland oder China und manchen anderen autoritären Ländern gewöhnen sollen. Das mag eine Überinterpretation sein. Ausgeschlossen ist es keineswegs.